



Jana Flemming

INDUSTRIELLE NATURVERHÄLTNISSE

Politisch-kulturelle Orientierungen
gewerkschaftlicher Akteure in sozial-
ökologischen Transformationsprozessen

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	9
Abkürzungsverzeichnis	10
Vorwort: Arbeit, Umwelt und das gute Leben	11
1 Perspektiven auf Gewerkschaften im sozial-ökologischen Feld	16
2 Ökologie und Arbeit: Verbindende Politiken stärken	19
3 Forschungsstand	23
3.1 Umweltsoziologie & gesellschaftliche Naturverhältnisse	23
3.2 Produktions- und Lebensweise	25
3.3 Arbeit und Ökologie	28
3.4 Gewerkschaften, Ökologie und Lebensqualität	31
4 Gesellschaftliche Naturverhältnisse, Kultur und Politik	35
4.1 Arbeit, Naturbeherrschung, Kultur	37
4.1.1 Natur und Arbeit: historisch-materialistische Zugänge	38
4.1.2 Naturerkenntnis und Naturbeherrschung: Gesellschaftliche Naturverhältnisse	43
4.1.3 Realität und Konstruktion von Natur: Kulturtheoretische Zugänge	47
4.1.4 Naturverständnisse und gesellschaftlicher Wandel	51
4.1.5 Materialität und Bedeutung in gesellschaftlichen Naturverhältnissen	55
4.2 Zum Zusammenhang von Produktions- und Lebensweise	58
4.2.1 Ökonomie und Kultur: Von »Basis und Überbau« zu »Produktions- und Lebensweise«	58
4.2.2 Sinn der Lebensführung und Distinktion durch Lebensstile	63
4.2.3 Produktion und Reproduktion	67
4.3 Kulturelle Zugänge zu politischer Macht	70
4.3.1 Die politische Macht von Normen – moralische Ökonomie und politische Kultur	70

4.3.2	Kulturelle Herrschaft und gesellschaftliche Transformation	73
4.3.3	Gesellschaftliche Naturverhältnisse im Ringen um kulturelle und politische Macht	77
4.4	Gewerkschaften im Lichte gesellschaftstheoretischer Zugänge	78
5	Politische Kultur gewerkschaftlicher Akteure im sozial-ökologischen Feld	81
5.1	Gewerkschaftsverständnisse: Sozialpartnerschaft und Konfliktorientierung	81
5.2	Fordistische Wertekonstellation: Wirtschaftswunder, Wohlstandsmodell und Klassenkompromiss	84
5.3	Postfordistische Naturverhältnisse: Ökologische Modernisierung zerstörerischer Verhältnisse?	91
6	Politische Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse	97
6.1	Gesellschaftliche Naturverhältnisse als demokratischer Prozess	97
6.2	Klassenlagen und Distinktion »von unten«	101
6.3	Arbeit und Ökologie als reproduktive Politiken	104
7	Gewerkschaftliche Kultur verstehen: Methodologie und Methoden	107
7.1	Kulturanalyse und interpretative Verfahren im Kontext gesellschaftlichen Wandels	108
7.2	Theoretisches Wissen, Expert_innenwissen und Deutungsmacht	113
7.3	Feldzugang und Datenerhebung	115
7.4	Datenauswertung	119
8	Politisch-kulturelle Orientierungen gewerkschaftlicher Akteure im sozial-ökologischen Feld	123
8.1	Stahl- und Automobilindustrie: Problemkonstitution im sozial-ökologischen Feld	124
8.1.1	»Eine kulturelle Geschichte: Stahlbüro, das ist die Wiege der IG Metall«	126
8.1.2	Automobilindustrie: Standorterhalt mit Elektromotoren	130
8.1.3	Kulturelle Beharrungskräfte des Automobils	135
8.1.4	Was verschwindet, was bleibt? Energiewende	138
8.1.5	Zusammenfassung	140
8.2	Industrie als Wert an sich: Deutungen gesellschaftlicher Naturverhältnisse	141
8.2.1	Naturbegriffe und Naturmetaphern	141

8.2.2	Natur als Abstraktion, Objektivität und Wechselverhältnis zur Gesellschaft	143
8.2.3	Industrielle Naturverhältnisse	146
8.2.4	Effiziente Technologie zwischen Wachstum und Grenzen	149
8.2.5	Zusammenfassung	151
8.3	Außen rot, innen grün? Motive in der Bearbeitung ökologischer Themen	152
8.3.1	Agenda-Setting Ökologie	152
8.3.2	»Dass die Leute sich was trauen.« Globale Gerechtigkeit	157
8.3.3	China & Tschernobyl als umweltpolitisch mobilisierende Faktoren	161
8.3.4	Berufliche und akademische Prägung	164
8.3.5	Zusammenfassung	165
8.4	»Das Soziale hat das Prä.« Legitimation qua Organisationsfunktion	166
8.4.1	»Das ist mir zu gefährlich, eure Debatte.« Spannungsfeld Arbeit und Umwelt	167
8.4.2	Kerninteressen & gesellschaftspolitisches Mandat	172
8.4.3	Fossil vs. erneuerbar: Organisatorische Kräfteverhältnisse	175
8.4.4	Staatliche und unternehmerische Verantwortung	178
8.4.5	Zusammenfassung	181
8.5	Der »grüne Industriearbeiter« oder Rechtsruck?	182
8.5.1	»Der Job ist die Hauptsache.« Repräsentationsprojektionen	183
8.5.2	Rechtspopulismus, Klassenlagen und Umweltpolitik	186
8.5.3	»Man kämpft für das Gute.« Betriebsräte als Treiber einer sozial-ökologischen Transformation?	189
8.5.4	Zusammenfassung	193
8.6	»Industrie brauchen wir, um unseren Wohlstand zu erhalten.« Produktions- und Lebensweise	193
8.6.1	Lebensqualität, Konsum, Arbeitszeit	194
8.6.2	Verhältnis zu Umwelt- und Verbraucherverbänden	199
8.6.3	Das Herz des Kapitalismus schlägt im Betrieb	202
8.6.4	Konjunktoren gewerkschaftlicher Umweltpolitik	206
8.6.5	Ein gutes Leben unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten?	208
8.7	»Leute, das kommt!« Sozial-ökologische Transformation	210
8.7.1	»Mit den Beschäftigten und nicht gegen sie.« Strukturwandel und gerechte Übergänge	211
8.7.2	Handlungsfähigkeit auch über den Betrieb hinaus?	215

8.7.3	Alternative Produktionszweige und Mitbestimmung	218
8.7.4	Zusammenfassung	221
9	Zusammenführung gewerkschaftlicher Perspektiven mit Konzepten und Gesellschaftstheorien	223
9.1	Arbeit und Ökologie	224
9.2	Industrielle Naturverhältnisse	227
9.3	Klimaschutz zwischen Weltmarkt, Staat und Beschäftigten	232
9.4	Natur als fremde Kultur und sozialer Kohäsionsmechanismus	237
9.5	Produktions- und Lebensweise	244
9.6	Moralische Ökonomie im sozial-ökologischen Feld	250
9.7	Transformationsverständnisse	254
10	Gewerkschaften als Akteure einer sozial-ökologischen Transformation?	260
11	Klassenspezifische Naturverhältnisse	268
	Quellenverzeichnis	271
	Literatur	273

Vorwort: Arbeit, Umwelt und das gute Leben

Auf beiden Seiten hagelt es Kritik am Gegenüber: Gewerkschaften werden beschuldigt, die Bewältigung ökologischer Probleme nicht systematisch in ihre Politik zu integrieren. Umweltpolitische Akteure wiederum nähmen in ihren Forderungen nur wenig Rücksicht auf die Interessen von Beschäftigten (vgl. Reuter 2019: 36). Diese Konfliktlage ist Ausgangspunkt für die vorliegende Untersuchung gewerkschaftlicher Akteure im sozial-ökologischen Feld.¹ Die spärlichen politischen Allianzen zwischen gewerkschaftlichen und ökologisch motivierten Akteuren (vgl. Sharp et al. 2019: 53 ff.) sind Anlass dafür, sie als gesellschaftliche Akteure, die gerade nicht den ökologischen Diskurs² dominieren, näher zu betrachten. Damit soll auch ein Beitrag zur Vermittlung der unterschiedlichen Interessen geleistet werden.

Die Strategien, mit denen Gewerkschaften dem Spannungsfeld sozial- und umweltpolitischer Ansprüche begegnen, divergieren. Im Vordergrund dieser Arbeit stehen Akteure der Industriegewerkschaft Metall in ihrer Auseinandersetzung mit ökologischen Fragen. Die in der Gewerkschaft zentralen Branchen der Stahl- und Automobilindustrie zeichnen sich durch einen hohen Organisationsgrad und starke tarifpolitische Bindung aus, sind jedoch zunehmend ökologischen Regulierungen unterworfen und müssen sich gleichzeitig gegenüber

1 Der Begriff »sozial-ökologisch« verweist auf das Forschungsfeld der Sozialen Ökologie (vgl. Becker/Jahn 2006), in dem soziale und ökologische Dimensionen im Sinne gesellschaftlicher Naturverhältnisse als immer miteinander vermittelt konzeptualisiert werden. Der Begriff des Feldes ist angelehnt an die Feldtheorie Pierre Bourdieus und wird als Raum von Kräfteverhältnissen verstanden, in dem gesellschaftliche Strukturen und kulturelle Bedeutungen spezifische Regeln konstituieren (vgl. Bourdieu 1998: 17 ff.). Damit soll darauf verwiesen werden, dass Akteure mit jeweils spezifischem Habitus um sozial-ökologische Themen ringen.

2 Ein zentraler Topos des vielfach differenzierten ökologischen Diskurses ist die Annahme, dass die Bewältigung von Umweltproblemen »eine Menschheitsaufgabe von globalen Ausmaßen und universaler, zukunftsweisender Bedeutung« markiert. Fragen des weltweiten Ressourcenverbrauchs und der Naturnutzung werden dabei mit lokalen Konsumformen und Praktiken verknüpft. Die Einschätzung großtechnischer Risiken und Umweltschädigungen mit den je eigenen Wohlstands- und Anspruchsniveaus in Zusammenhang gebracht sowie gegenwärtige Lebensweisen mit den Lebens- und Handlungschancen kommender Generationen verbunden (Pofel 2017: 82).

größer werdender Konkurrenz auf dem Weltmarkt behaupten. Die Annahme, dass Gewerkschaften sozialpolitischen Ansprüchen per se den Vorrang geben, ist dabei jedoch zu kurz gegriffen. So wird in den Medien konstatiert:

»Insgesamt steht die Gewerkschaft vor gewichtigen Problemen: Die IG-Metall-Führung hat sich klar zum Klimaschutz bekannt, was teilweise Unzufriedenheit bei den Arbeitern aus der Schwerindustrie ausgelöst hat.«³

Dem Konfliktfeld um Arbeit und Natur begegnen Akteure der Organisation zunehmend offensiver, was mitunter offenbar selbst den Interessen der eigenen Mitglieder entgegensteht. Damit stechen sie als mächtige Gewerkschaft, die aus gutem Grund auch antiökologische Interessen vertreten könnte, unter denen hervor, die umweltpolitisch unmittelbar relevante Branchen vertreten.

Denn solche Abwägungen vermeintlich gegenläufiger Interessen – denen ich im Verlauf dieser Arbeit durchdringend nachgehen werde – stehen politischen Zuspitzungen gegenüber, die sich in den Auseinandersetzungen um die von der Industriegewerkschaft für Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) organisierten Braunkohleindustrie gezeigt haben. Diese steht unter anderem aufgrund von Klimaschutzforderungen ihrer eigenen Abwicklung gegenüber. Teile der Umweltbewegung machen in dem Konflikt um den Kohleabbau insbesondere die Position globaler Klimagerechtigkeit geltend. Für sie ist es politisch unverantwortlich, Industrien zu erhalten, die einen massiven Einfluss auf den Klimawandel und andere Formen ökologischer Zerstörung sowie globaler sozial-ökologischer Ungleichheiten haben (Flemming/Reuter 2017: 188 ff.). Dies unterstreichen Aktivist_innen durch zahlreiche Proteste, wobei insbesondere eine Aktion zivilen Ungehorsams im Jahr 2015 erhöhte Medienresonanz erfuhr: Mehr als eintausend Menschen versammeln sich in einem Braunkohletagebau im Rheinland, dem größten Emittenten von Kohlendioxid in Europa, und erzwingen so den Stillstand der gewaltigen Kohlebagger.⁴ Die Besetzung des Tagebaus wird im folgenden Jahr wiederholt und provoziert nun öffentlichkeitswirksame Reaktionen der Gewerkschaft, die die Bergarbeitenden organisiert. In

3 tagesschau.de (2019): IG Metall: Hofmann mit schwachem Ergebnis wiedergewählt. URL: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/ig-metall-hofmann-101.html>. Zugriff: 14.10.2019.

4 Neugebauer, Ruben (2015): Activists target Europe's biggest source of carbon emissions, in Germany – big picture. In: The Guardian, 18.8.2015. URL: <https://www.theguardian.com/environment/picture/2015/aug/18/activists-target-europes-biggest-source-of-carbon-emissions-in-germany-big-picture#img-1>. Zugriff: 18.10.2018.

einer Kampagne der IG BCE wurde auf einem Großbanner die Botschaft vermittelt, dass »WIR« (die Kohlearbeiter_innen) die »Schnauze voll von verfehlter Energiepolitik und Gewalt« (der Ökoaktivist_innen) haben. Nicht zuletzt stellen sie die Frage: »Wer zahlt die Zeche?«, womit die Kosten einer sozial-ökologischen Transformation für die Beschäftigten betont werden. Auch in der Presse heißt es:

»Alle reden nur über das Klimacamp und über das Weltklima, aber keinen interessiert es, wie es den Kolleginnen und Kollegen in unseren Betrieben geht.«⁵

Die Konfliktlagen verweisen darauf, dass in Debatten um sozial-ökologische Transformation die spezifischen Perspektiven gewerkschaftlicher Akteure als Interessenvertretung Lohnarbeitender unterrepräsentiert sind. Im Vordergrund steht die Umweltschädlichkeit von Industrien, während Arbeitsplatzverluste als eine Art Kollateralschaden dargestellt werden, der relativ zur globalen Bedrohung des Klimawandels zu vernachlässigen sei (Flemming/Reuter 2017: 189). Auch im Jahr 2018 werden bei den Abholzungen im Hambacher Forst aufgrund dieses Ungleichgewichts wieder Proteste aus den Reihen der IG BCE laut.⁶

Bezüglich der klimaschädlichen Emissionen der Kohlekraftwerke forderte die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock im Streitgespräch den Gewerkschaftschef der IG BCE, Michael Vassiliadis, auf: »[...] aber Sie müssen doch auch irgendwann abschalten!«⁷ Bereits im Vorfeld dieser tagespolitischen Auseinandersetzungen ließ sich in politischen und akademischen Diskussionen beobachten, wie empört und mit Unverständnis auf »die« Gewerkschaften verwiesen wird, die den klimaschädlichen Braunkohleabbau etwa weiter fördern, um Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern. Norbert Reuter (2019: 36) von ver.di hält entgegen: »Oder sollten die Gewerkschaften ihre Mitglieder in der Autoindustrie oder in Kraftwerken aufrufen, für den Abbau ihrer Arbeits-

5 Meisen, Wilfried (2016): Braunkohle. Aktion Schnauze voll – Gewerkschaft IGBCE hält Mahnwache. In: Kölner Stadtanzeiger, 18.8.2016.

6 Wyputta, Andreas (2018): Neue Demos im Hambacher Forst. Jetzt protestieren die Kumpel. In: taz.de, 2018. URL: <http://taz.de/Neue-Demos-im-Hambacher-Forst/15540542/>. Zugriff: 17.10.2018.

7 Baumüller, Michael/Roßbach, Henrike (2018): Streitgespräch über Kohleabbau – »Das ist doch unseriös!« – »Im Gegenteil!«. In: Süddeutsche.de, 2018. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/streitgesprach-ueber-kohleabbau-das-ist-doch-unserioes-im-gegen-teil-1.4037190?reduced=true>. Zugriff: 3.10.2018.

plätze zu kämpfen, weil diese Tätigkeiten zu ökologisch schädlichen Ergebnissen führen? [...] Dies kann man nicht ernsthaft wollen.« Letztlich erweckt die Debatte den Eindruck, als seien Vorstellungen einer Transformation, die soziale und ökologische Belange in gleichwertiger Weise berücksichtigt, realitätsfern.

In wissenschaftlichen Debatten, die sich mit dem sogenannten Jobs-versus-Environment-Dilemma (Räthzel/Uzzell 2011) befassen, wird angenommen, dass Gewerkschaften in umweltpolitischer Hinsicht in der Regel zurückhaltend oder defensiv agieren: Als Repräsentationsinstanz von Beschäftigten fokussieren sie sich vorrangig auf Arbeitsplatzertand und Tariflohnsteigerungen (vgl. Arlt et al. 2007: 15). In Anbetracht prekärer Beschäftigung und tarifpolitischer Fragmentierung wird wenig Raum für Diskussionen um eine ökologisch sinnvolle Produktions- und Lebensweise gesehen. Gerade in Zeiten ökonomischer Krisen neigen Gewerkschaften dazu, Unternehmen gegenüber umfassende Zugeständnisse zu machen und ökologische Probleme im Zweifel zu vernachlässigen (Flemming/Reuter 2017: 188 f.; vgl. Hildebrandt/Schmidt 2001b; Kädtler 2001). Die Politisierung der ökologischen Krise hat nicht nur zu einer Konfrontation gegenüber den Gewerkschaften geführt, sondern auch Industriearbeitende in Bedrängnis gebracht. Bereits 1989 bringen Hartwig Heine und Rüdiger Mautz die im historischen Verlauf veränderte Rolle der Arbeiter_innenklasse pointiert zum Ausdruck: »Wo die Industriearbeiter einst die Haupthelden eines Befreiungsdramas spielen sollten, sollen sie heute den Schurken in einer Tragödie machen.« (Ebd. 1989: 10) Doch belastet die vorrangig im globalen Norden verursachte ökologische Krise die Lebensbedingungen von Menschen im globalen Süden überproportional (vgl. Graf et al. 2020; Pofelr 2017: 82; Eversberg 2018: 9). Auch Arbeiter_innen, die in den »schmutzigen Industrien« des globalen Nordens tätig sind, profitieren von asymmetrischen Nord-Süd-Verhältnissen und Prozessen herrschaftlicher Aneignung von Natur (vgl. Mahnkopf 2012). In ihrer Produktions- und Lebensweise sind sie an der Manifestation und Verschärfung globaler sozial-ökologischer Herrschaftsverhältnisse beteiligt. Wobei nicht aus den Augen verloren werden darf, dass soziale Ungleichheit und Armut auch im globalen Norden existieren (vgl. Sablowski 2018).

Ausgehend von industriellen Branchen, die fester Bestandteil der hegemonialen Produktions- und Lebensweise sind, ist gleichzeitig auch die Veränderung der Lebensweise als ein für ökologisch geprägte Milieus und umweltpolitische Akteure typischer Topos Ausgangspunkt dieser Untersuchung. Die hier im Fokus stehenden Akteure einer Industriegewerkschaft werden dabei als Repräsentant_innen gesellschaftlicher Schichten betrachtet, denen mittelschichtsa-

fine ökologische Norm- und Werthaltungen gemeinhin *nicht* zugesprochen werden. Auf alltagskultureller Ebene scheint es schwer vorstellbar, dass sich eine breite gewerkschaftliche Anhänger_innenschaft mit dem politischen Ziel einer ökologisch verträglicheren Lebensweise identifiziert. Entsprechend lässt sich die Annahme diskutieren, dass die Werte gewerkschaftlich orientierter Facharbeiter_innen vorrangig an Arbeitsplatzsicherheit und Konsum orientiert sind. Mit ökologischem Bewusstsein hingegen identifizieren sich eher Menschen aus besserverdienenden, zumindest aber mit höherem Bildungsgrad ausgestatteten Mittelschichten (Schneider 2000: 315 f.; Eversberg 2018: 7; Rosa 2016: 718). In dieser Kritik an ökologisch schädlichen Lebensstilen und Konsumweisen ist jedoch die Rolle sozialer Ungleichheiten hervorzuheben (vgl. Voswinkel 2013: 1; Barth/Reitz 2016: 43 f.). Dabei lassen sich Umweltfragen auch als Luxusfragen betrachten – als ein Privileg sozialer Gruppen mit vergleichsweise hohem Einkommen sowie höheren Bildungsgraden (vgl. Kraemer 2014: 180 ff.). Bislang ist weitgehend ungeklärt, inwiefern Umweltbewusstsein als Mechanismus sozialer Distinktion eingesetzt wird – und nicht nur, um in den oberen Klassen moralische Integrität zu demonstrieren. Sozialkritische Haltungen gegenüber umweltbewussten Mittelklassen können gewissermaßen als »Distinktion von unten« betrachtet werden (vgl. Adler 2019).

In welcher spezifischen Weise Gewerkschafter_innen auf diese soziokulturelle Dimension ökologischer Themen blicken, wird in diesem Buch ebenfalls nachgegangen. Mit dem Wissen über die Orientierungen gewerkschaftlicher Akteure bezüglich sozial-ökologischer Themen lassen sich Potenziale eruieren, die anschlussfähig für tatsächlich gesamtgesellschaftliche sozial-ökologische Transformationsprozesse sind. Dabei soll vermieden werden, Werturteile über Gewerkschaften zu fällen und ihnen Verantwortlichkeiten in der Lösung der sozial-ökologischen Krise zu- oder abzusprechen. Vielmehr geht es darum zu erklären, warum die entsprechenden Akteure sich gegenüber der Öffnung hin zu umweltpolitischen Themen zögernd oder abwehrend verhalten bzw. so wahrgenommen werden.

5 Politische Kultur gewerkschaftlicher Akteure im sozial-ökologischen Feld

»Jede Theorie ist selbst in die historische Entwicklung eingelassen und in ihrem Gehalt an den Problemen dieser Epoche orientiert.« (Demirović 1999: 510)

Mit der politischen Kultur gewerkschaftlicher Akteure im sozial-ökologischen Feld befasst sich das folgende Kapitel. Das Selbstverständnis bundesdeutscher Gewerkschaften ist grundlegend von der Erfahrung des »Wirtschaftswunders«, wirtschaftlicher Prosperität und dem fordistischen Produktionsregime geprägt. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich eine eher »sozialpartnerschaftliche« als konfliktorientierte Ausrichtung der Gewerkschaften, die im deutschen Korporatismus ihren institutionellen Ausdruck fand. Der Fordismus führte zu einer Erosion traditioneller kultureller Arbeitermilieus und zu einer Orientierung am Modell (individuellen) sozialen Aufstiegs, der sich auch an erreichbaren Konsumniveaus bemisst. Auch gewerkschaftliche Wertorientierungen waren primär vom Interesse an steigenden Produktions- und Konsumtionsniveaus geleitet. Diese gerieten allerdings mit dem Aufkommen eines ökologischen Bewusstseins und der Umweltbewegungen unter Druck und haben in der Folge mitunter manifeste Interessengegensätze zwischen Gewerkschaften und umweltpolitischen Akteuren konstituiert. Daran knüpft die Frage an, in welcher Weise die ökologischen Ansprüche der Gesellschaft eine neue Phase gesellschaftlicher Regulation eingeleitet haben. Dieser ökologischen Modernisierung müssen sich auch Gewerkschaften in ihren sowohl ökonomischen als auch kulturellen Belangen stellen.

5.1 Gewerkschaftsverständnisse: Sozialpartnerschaft und Konfliktorientierung

Die Auseinandersetzungen um die Aufgaben und Funktionen von Gewerkschaften in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit entwickelten sich vor dem Hintergrund der späten Weimarer Republik und des Nationalsozialismus (Goes 2016: 55; vgl. Raphael 2020; Voigt 2020). Die Ursprünge von Gewerk-

schaftstheorien und ihrer politischen Praxis und Funktion sind daher von zwei Grundideen geprägt, die sich während der 1920er- und 1930er-Jahre gegenüberstanden: Einerseits etablierte sich ein durch die Sozialdemokratie vorangetriebenes Grundverständnis von Gewerkschaften, in dem diese zugleich als politische Organisationen und öffentliche Verbände betrachtet werden. Sie sollten sich zur gesamten Bandbreite gesellschaftspolitischer Probleme äußern, wobei zur Durchsetzung ihrer Ziele die Mobilisierung breiter Bevölkerungsmassen als legitimes und notwendiges Mittel betrachtet wurde. Dieser Konfliktorientierung stand in dieser historischen Periode andererseits eine Kompromisshaltung »bürgerlicher« Sozialwissenschaftler gegenüber. Sie verlangten nach einer Institutionalisierung des Klassenkonflikts in tarifvertraglichen Beziehungen (Schönhoven 2014: 61). War die historische Mission des Proletariats nach Marx noch die »Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise und schließlich die Abschaffung der Klassen« (Marx 1977: 22; vgl. Demirović 2011: 523), verblasste der vor dem Zweiten Weltkrieg noch stark ausgeprägte sozialistische Erwartungshorizont gewerkschaftlicher Emanzipationstheorien vor dem Hintergrund des politischen und ökonomischen Erfahrungsraums in Westdeutschland in den späten 1950er- und frühen 1960er-Jahren. In den Gewerkschaftsverbänden wuchs zu dieser Zeit die Kompromissbereitschaft gegenüber staatlichen und unternehmerischen Akteuren (ebd. 2014: 61). Bis in die Gegenwart ist die politische Kultur von Gewerkschaften von dieser Differenz geprägt und in den Organisationen umkämpft.

Wie auch in anderen kapitalistischen Ländern wurden in der Nachkriegszeit in Westdeutschland zum ersten Mal gewerkschaftliche Rechte im Hinblick auf Tarifverhandlungen und politische Teilhabe institutionalisiert. Arbeitgeber, Gewerkschaften und Betriebsräte schufen in enger Symbiose mit dem Ausbau des Arbeitsrechts und des Sozialstaats dauerhafte Strukturen eines transparenten betrieblichen und überbetrieblichen Interessenausgleichs (Tenfelde 2010: 19). In den 1950er-Jahren wurde ein System sektoraler Tarifverträge etabliert und eine Arbeitsteilung zwischen der Verhandlungsautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgebern, die sog. Tarifautonomie, sowie der Sozialpolitik der Regierung institutionalisiert. Unternehmen und Staat erkannten die organisierte Arbeitnehmerschaft so als ebenbürtigen Partner an, und die in der Weimarer Republik gespaltenen Gewerkschaften reorganisierten sich als Einheitsgewerkschaften (Streeck/Hassel 2003: 102). Unabhängig von ihren politischen Überzeugungen werden seitdem die Beschäftigten gemeinsam in einer Gewerkschaft zusammengefasst, die jeweils für alle Arbeiter_innen, Angestellten und Beamt_innen

eines Wirtschaftszweiges oder einer Industriegruppe nach dem Organisationsprinzip Industriegewerkschaft zuständig ist (Müller-Jentsch 2017: 26).

Um das politische (Selbst-)Verständnis von Gewerkschaften wird dennoch weiterhin gerungen. Auf theoretischer Ebene blieb lange umstritten, inwieweit Gewerkschaften Kritik am System der kapitalistischen Produktionsweise üben sollten (Schönhoven 2014: 61). Am politikwissenschaftlichen Institut der Universität Marburg entstand eine an marxistischen und leninistischen Positionen orientierte Denkschule, die Gewerkschaften weiterhin als Organe im Kampf zwischen Kapital und Arbeit betrachtet. Ihr zufolge soll progressiv ausgerichtete Theorie als Handlungsorientierung für progressive Praxis dienen, die den Klassenwiderspruch zu überwinden trachtet (Deppe et al. 1979). Von anderer Seite wird dagegen eine Auffassung des Prinzips gewerkschaftlicher Autonomie vertreten, dem zufolge Gewerkschaften als (bloße) Interessenverbände weltanschauliche Neutralität und politische Unabhängigkeit zu wahren haben. Aufgabe der Gewerkschaften sei es deshalb, die Interessen der Lohnarbeitenden zu kanalisieren und auf diesem Weg in die bestehende Ordnung zu integrieren (Schönhoven 2014: 61 f.). Die Interessengegensätze von Kapital und Arbeit seien durch Institutionen auf betrieblicher, gewerkschaftlicher und staatlicher Ebene zu entschärfen. Innerhalb dieses institutionellen Geflechts fungierten die jeweiligen Sozialparteien, die Kapital und Arbeit repräsentieren, als Organisationen des Interessenmanagements. Sie übernahmen das Geschäft der pragmatischen Austragung der Interessengegensätze durch Verhandlungen, Schlichtungen und Arbeitskämpfe (Müller-Jentsch 2017: 24; vgl. Resch/Steinert 2011: 259; Raphael 2019). Spätestens ab Mitte der 1970er-Jahre kann sich das Prinzip der Sozialpartnerschaft gegenüber dem konfliktorientierten Modell immer mehr durchsetzen, nach dem bis heute die große Mehrheit der Gewerkschaften in Deutschland ihre Politik gestaltet. Die wechselseitige Anerkennung der Interessenorganisationen von Kapital und Arbeit wird in der Sozialpartnerschaft vorausgesetzt (Goes 2016: 55 ff.).

Dieses Zusammenwirken der politischen und gesellschaftlichen Kräfte zur kontrollierten Befriedung von Konflikten wird als »Korporatismus« bezeichnet. Die Arbeitsverfassung ist darin in hohem Maße von einer Konsenskultur geprägt. Es handelt sich im Kern um ein Arrangement zwischen Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen und dem Staat, sodass gelegentlich auch von »Tripartismus« gesprochen wird (Tenfelde 2010: 19). Gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte, in Arbeitgeberverbänden organisierte Unternehmer_innen und staatliche Akteure tragen die zwischen ihnen bestehenden Interessenkon-

flikte reguliert und in institutionalisierten Kooperationsverhältnissen aus (Streeck/Hassel 2003: 102). Im Zentrum des Regelsystems der sog. industriellen Beziehungen steht die Institution des Kollektivvertrages. Dieser prägt den Charakter des Arbeitsverhältnisses stark, da der Verkauf der Arbeitskraft infolgedessen nicht über Einzelverträge abgewickelt wird (Deutschmann 2002: 160). Die korporatistische Ausbalancierung der Macht sozialer Gruppen reduziert die Abhängigkeit sozialer Ordnung und wirtschaftspolitische Steuerung von staatlicher Macht. Die »hohe Kunst« der Regierung der BRD in der Nachkriegszeit bestand darin, soziale Organisationen mit zugesicherter Autonomie und unabhängiger Macht in Akteure öffentlich bevollmächtigter Selbstverwaltung zu transformieren. Dies geschah im Kontext einer ausgehandelten öffentlichen Ordnung, innerhalb derer der Staat nur ein Teilnehmer unter anderen ist. Auf diese Weise werden organisierte Interessengruppen quasiöffentliche Vertretungen, die mehr Legitimation darin besitzen, ihre eigenen Mitglieder zu repräsentieren, als staatliche Institutionen (Streeck/Hassel 2003: 102).

Müller-Jentsch (2017: 24) fasst dieses historisch herausgebildete System von Institutionen und Organisationen mit eingespielten und durch Machtprozesse gestützten Praktiken nicht in dem gängigen Begriff der Sozialpartnerschaft, sondern als »Konfliktpartnerschaft« zusammen. »Sozialpartnerschaft« banalisiert die Interessengegensätze der kontrahierenden Akteure (Kontrahent im Doppelsinn von Gegner und Vertragspartner) und ihr Konfliktpotenzial. An seine Stelle setzt Müller-Jentsch den Begriff der Konfliktpartnerschaft. Dieser grenzt sich gleichzeitig gegenüber »Sozialpartnerschaft« als auch »Klassenkampf« ab, da Letzterer das gemeinsame Interesse an verlässlichen Vereinbarungen mit effektiven (Win-win-)Ergebnissen verdrängt (Müller-Jentsch 2017: 24). Die Beschäftigten tragen in dieser Konstellation zur Kapitalakkumulation bei und erhalten als Gegenleistung einen Anteil der durch sie geleisteten Wertschöpfung.

5.2 Fordistische Wertekonstellation: Wirtschaftswunder, Wohlstandsmodell und Klassenkompromiss

Die Durchsetzung des sozialpartnerschaftlichen Modells hing mit einer in den 1950er-Jahren einsetzenden ökonomischen Konjunkturphase zusammen, die oft als »Wirtschaftswunder« bezeichnet wird (Goes 2016: 55). In regulationstheoretischen Ansätzen wird diese historische Periode unter der Bezeichnung »Fordismus« als eine spezifische Form kapitalistischer Vergesellschaftung ver-

standen (Haas 2017: 48; Resch/Steinert 2011: 50 f.). Sie ist eng mit tayloristischer Arbeitsorganisation bzw. der Fließbandfertigung verknüpft, die eine Standardisierung der Produkte und eine Zerstückelung der Arbeitsprozesse mit sich brachte. Der Massenproduktion von Konsumgütern wurde so eine arbeitsorganisatorische und technologische Basis geschaffen. Teil dieser Transformation war die Herausbildung des tayloristischen Massenarbeiters: Die Beschäftigten erhalten Löhne, die es ihnen ermöglichen, einen Teil der von ihnen produzierten Konsumgüter zu erwerben (Hirsch/Roth 1986: 50 f.; vgl. Resch/Steinert 2011: 231 ff.). Das Produktionswachstum wird durch die Massenproduktion von Konsumgütern getragen. Die relative Verbilligung dieser Konsumgüter ermöglicht den Massenkonsum durch die Klasse der Lohnarbeitenden (Görg 2003b: 120; vgl. Helfert 1986: 75).

Die fordistische Akkumulationsstrategie veränderte die gesamte Lebensweise und die Sozialbeziehungen. Breite Teile der Bevölkerung in den Industrieländern erfuhren einen Verlust sozialen Zusammenhalts (Hirsch/Roth 1986: 56; vgl. Saldern 2012). Soziale Milieus als weitgehend abgeschlossene Lebenszusammenhänge, in denen spezifische Orientierungen, politische Kulturen und Lebensformen verwurzelt waren, lösten sich auf. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Arbeiter_innenmilieus und ihre spezifische Kultur (Helfert 1986: 77; vgl. Tanner 1999: 586). Deren traditionelle soziale Zusammenhänge wie bspw. die Vereinskultur weichen zunehmend dem Rückzug ins Private. Als Normalität sozialer Reproduktion etabliert sich das Modell der bürgerlichen Kleinfamilie, das mit den tayloristischen Arbeitsverhältnissen gut in Einklang gebracht werden kann (Hirsch/Roth 1986: 57; vgl. Tanner 1999: 586). Im Fordismus wird der gesamte Reproduktionsprozess der Arbeiterklasse kapitalistisch durchdrungen. Nichtindustrialisierte Bereiche der Wirtschaft werden immer weiter zurückgedrängt, und traditionelle Formen der Reproduktion wie Selbstversorgung aus dem eigenen Garten ersetzt (ebd. 1986: 51). Die fordistische Arbeitsweise verstetigte sich »mithilfe zivilgesellschaftlicher und staatlicher Interventionen zu einer neuen Lebensweise und Alltagskultur« (Barfuss 2007: 21).

Die Veränderung der Lebensweisen im Fordismus beeinflussten wiederum die gesellschaftlichen Konfliktfelder und politischen Organisationsmuster. Zur Stärke der Arbeiter_innenbewegung hatte der allgegenwärtige Kontrast zwischen traditioneller (vorindustrieller) Lebensweise und dem sich ausbreitenden Industrialismus wesentlich beigetragen. Elend und Fortschritt klappten allzu weit auseinander. Im Fordismus wird hingegen mittels Massenkonsum und Sozialversicherung die arbeitende Klasse weitgehend in den kapitalistischen Repro-

duktionszusammenhang integriert (ebd. 1986: 56; Resch/Steinert 2011: 258). Der Zuspruch, den westdeutsche Gewerkschaften der marktwirtschaftlichen Ordnung entgegenbrachten, erklärt sich daraus, dass Not und Elend der Kriegs- und Nachkriegszeit sowie der vergleichsweise langsame Wirtschaftsaufschwung in der DDR als Beispiele für die Folgen dirigistischer Staatseingriffe in die Wirtschaft gewertet wurden. Das »Wirtschaftswunder« war Voraussetzung für die Anerkennung der Politik der »sozialen Marktwirtschaft«. Weite Kreise der Beschäftigten zeigten eine positive Grundeinstellung zur privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, zumindest in dem Sinne, dass eine gerechte Lösung der Interessenkonflikte auf dem Boden dieser Ordnung als möglich erachtet wurde (Schneider 2000: 316). Der durch gehobenes Einkommen und sich permanent steigernden Konsum erzeugte Wohlstand wurde als erfolgreiches Instrument begriffen, die Bevölkerung gegen den Einfluss sozialistischer Gesellschaften und Bewegungen im eigenen Land zu immunisieren (Deppe 1971: 81).

In den überraschenden und lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung war das (oben dargestellte) Ringen politischer und ökonomischer Akteure um ein angemessenes Gewerkschaftsmodell eingebettet (Goes 2016: 55). Während der ersten Regierungsphase unter dem Kanzler Konrad Adenauer etablierte sich eine aktive gewerkschaftliche Interessenvertretung im System der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung. Auch aufgrund von Arbeitskräfteknappheit konnten sich diese Forderungen im Hinblick auf Lohn, Arbeitszeit und Urlaub durchsetzen. Während die Vision einer besseren Gesellschaft jenseits des Kapitalismus in den Hintergrund geriet, setzte sich die Forderung einer Teilhabe der Arbeitnehmenden am wirtschaftlichen Wachstum durch (Schönhoven 2014: 72; Resch/Steinert 2011: 259). So entwickelte sich die Tarifautonomie für Arbeitnehmende bzw. Gewerkschaften als eine Institution zur Sicherung des Lebensstandards und erträglicher (»humaner«) Arbeitsbedingungen, zur Beteiligung am wachsenden gesellschaftlichen Wohlstand und – in Verbindung mit den Institutionen betrieblicher Demokratie – zur Mitbestimmung über die Anwendungsbedingungen der Arbeitskraft (Müller-Jentsch 2017: 44). In den politischen und ökonomischen Institutionen der BRD wurden Rahmenbedingungen geschaffen, innerhalb derer eine Feinabstimmung der jeweils relativen Macht von Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbänden dahingehend möglich war, dass Lohnfestlegungen nie zu weit von einem Pfad hohen Wachstums, geringer Inflation und stabiler Beschäftigung abwichen (Streeck/Hassel 2003: 104).

Die Erhöhung des Lebensstandards wird von vielen Beschäftigten der marktwirtschaftlichen Ordnung zugeschrieben. Ob zu einer gerechteren Lösung

gesellschaftlicher Interessenkonflikte Gewerkschaften nötig seien, schien zur Zeit des »Wirtschaftswunders« einer großen Zahl von Arbeitnehmer_innen fragwürdig (Schneider 2000: 316). Großen Teilen der westdeutschen Bevölkerung ermöglichte der hohe Bedarf an Arbeitskräften in dieser Zeit sozialen Aufstieg, der zu einer normativen Leitkonstante wurde (Voswinkel 2013: 8). Die mit dem »fordistischen Aufstiegsversprechen« (ebd. 2013: 15) einhergehenden Konsum- und Freizeitmöglichkeiten führten dazu, dass breite Schichten der Beschäftigten zur Berufstätigkeit ein instrumentelles Verhältnis einnahmen, in der sich die eigentlichen Lebenswünsche nicht mehr vorrangig erfüllten (Schneider 2000: 315; Deppe 1971: 84). Die steigende Kaufkraft der Beschäftigten in der Nachkriegszeit bewirkte einen kulturellen Wandel (Kramer 1994), der ein anderes Verständnis von Lebensqualität hervorbrachte (Thieme 2004: 83). Dieses war in einem bisher nicht gekannten Ausmaß durch die Wahrnehmung von Freizeitoptionen bestimmt (Helfert 1986: 75), was jedoch keineswegs einen Bedeutungsverlust der Erwerbsarbeit nach sich zog (Bänziger 2015: 12). Auch angesichts der Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg wurde das Streben nach Sicherheit für viele Menschen spätestens ab den 1970er-Jahren zu einem der wichtigsten Lebensgrundsätze: Beruflicher Aufstieg, familiäre Geborgenheit, Verbesserung der Konsummöglichkeiten sowie die Verweigerung aktiver politischer Beteiligung kennzeichneten den Lebensstil weiter Kreise der Arbeitnehmerschaft (Schneider 2000: 316; vgl. Deppe 1971: 86; Schroeder/Greef 2016). Die meisten Arbeiter_innen zielten darauf ab, ihre Macht als Konsument_innen und nicht als Produzent_innen zu erhöhen. Die instrumentelle Orientierung gegenüber der Lohnarbeit veränderte auch die Einstellungen zur Funktion der Gewerkschaften (Deppe 1971: 84).

»Wenn die Lohnarbeit nicht länger der selbstverständliche Knotenpunkt ist, aus dem die subjektiven Lebensperspektiven der eigentumslosen Teile der Bevölkerung hervorgehen, dann ergeben sich hieraus Probleme für Organisation und Politik jener Verbände, die ebendieses traditionell voraussetzen, nämlich der Gewerkschaften.« (Heinze et al. 1984: 123)

Im Zuge dieser Entwicklung orientierte sich Gewerkschaftspolitik auch an Zielen und Bedürfnissen, die durch private Erwartungen außerhalb des Arbeitsbereiches bestimmt sind (Deppe 1971: 84). Gerade unter der zunehmenden Beamten- und Angestelltenschaft verfestigte sich ein Statusbewusstsein, das mit »sauberer« Büroätigkeit, geistiger Qualifikation, Nähe zur Unternehmensfüh-

rung, besserer arbeitsrechtlicher und sozialer Sicherung sowie einem mit wachsendem Lebensalter steigenden Einkommen verbunden ist. Sie begriffen sich immer mehr als Teil der Mittelschicht und drückten eine gewisse Distinktion zu den Arbeiter_innen aus. Auch Formen kollektiver Interessenvertretung wurden zunehmend als verzichtbar erachtet und gar mit einer gewissen Herablassung betrachtet (ebd. 2000: 316; vgl. Resch/Steinert 2011: 245).

Die Erwartung, durch die Verbesserung der Lage und die Anerkennung der Arbeiter_innenschaft individuellen Aufstieg zu ermöglichen und zu fördern,³⁴ war eines der zentralen Projekte der sozialdemokratischen Ära. Hier galten soziale Aufstiegsmöglichkeiten als Element einer Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen und als Versprechen eines sozialen Ausgleichs im Rahmen bestehender sozialer Ungleichheiten (Voswinkel 2013: 7). Entsprechend vollzog sich auch in den Gewerkschaften ein Wertewandel, dem nicht nur die Vorstellung einer politischen Ordnung zugrunde lag, in der Wirtschaft, Gesellschaft und Staat in ein Geflecht von Beziehungen eingebettet waren. Produktivität, Fortschritt, Vollbeschäftigung und Wohlstand wurden zudem als gemeinsames Anliegen von Arbeit und Kapital definiert (Schönhoven 2014: 72).

Doch wurden Gewerkschaften in der Folge dieser Entwicklungen zu einer institutionalisierten Selbstverständlichkeit und verloren unter den Beschäftigten an Bedeutung. Doch stimulierten gewerkschaftlich erkämpfte Lohnzuwächse die Massennachfrage und erhöhten die Bedeutung von Konsum in der nach wie vor erwerbszentrierten Gesellschaft (Schönhoven 2014: 72 f.; Bänziger 2015). Die Verkürzung der Arbeitszeit trug ebenso dazu bei, die Teilhabe am neuen Konsummodell abzusichern (Haas 2017: 49). Die Erhöhung des Lebensstandards ging mit dem Verschwinden der proletarischen Lebensweise einher (Nachtwey 2016: 28). Es ging nicht mehr nur um die Deckung des Bedarfs an lebensnotwendigen Gütern, vielmehr ergab sich die Möglichkeit, Geld zu sparen und langlebige Konsumgüter zu erwerben. Für die breite Bevölkerung wurden Haushalts- und Unterhaltungsgeräte wie Kühlschränke und Fernseher erschwinglich. Die Anzahl der Autos stieg von zwei auf zwölf Millionen. Auch Fernreisen und freie Zeit jenseits der Lohnarbeit nahmen in diesen Jahrzehnten kontinuierlich zu (ebd.: 28 f.; vgl. Schneider 2000: 315). Damit einher ging

34 Wenn eine Gruppe eine gewisse kollektive Identität besitzt und sich die Gruppenzugehörigen mit ihr identifizieren, dann kann der Einzelne den Aufstieg der sozialen Gruppe als eigenen Aufstieg empfinden (Voswinkel 2013: 7).

die kulturell-symbolische Entstehung neuer Konsumnormen³⁵ und Wertmuster (Görg 2003a: 129). Es setzte sich ein Konsummodell durch, in dem Autos, Fernsehen, Telefonen, Kühlschränken oder Waschmaschinen eine zentrale Bedeutung zukommt (Haas 2017: 49). Ein zentrales Charakteristikum dieser neuen Lebensweise war, dass zur Befriedung wesentlicher materieller und vieler immaterieller Bedürfnisse Güter und Leistungen angeboten und genutzt wurden, die dank industrieller Technik und Organisation existierten und funktionierten. Ihre Produktion steuerte sich nach marktwirtschaftlichen Rentabilitätskalkülen, und die Distribution erfolgte über weitgehend anonyme großräumige Märkte (Lutz 1983).

Der durch Konsumgüter und Freizeit definierte Wohlstand war Teil einer historischen Auseinandersetzung um die Lebensführung im Fordismus. Der »fordistische Klassenkompromiss« ermöglichte den modernen Wohlfahrtsstaat (Schönberger 2007: 89). Die fordistische Produktions- und Lebensweise war historisch mit dem Versprechen eines sozialen und normativen Fortschritts verknüpft, der materielle Not beheben, Lebensoptionen und Freiheiten erweitern sollte. Sie bildete darüber hinaus die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs als einen wesentlichen Wert bürgerlicher Emanzipation ab. Die zur Zeit des Wirtschaftswunders entstehende Orientierung am sozialen Aufstieg hielt sich auch in ökonomischen Krisenzeiten und verweist damit auf die nichtmateriellen Implikationen des Konsums. Dieser dient auch dazu, Status zu (re)produzieren und sich Geltung im gesellschaftlichen Positionsgefüge zu verschaffen (Voswinkel 2013).

Das fordistische Produktions- und Konsummodell generierte dabei Widersprüche auf geschlechtsspezifischer, soziokultureller und ökologischer Ebene. In den Industriegesellschaften sind es Frauen, die für die Lebensweise (im Sinne der Reproduktionssphäre des privaten Raums) als zuständig gelten (Haug 1986: 189). Das im Fordismus konstituierte männliche Normalarbeitsverhältnis und die Normalarbeitszeit setzten voraus, dass Erwerbstätige über Zeit- und Flexibilitätspuffer in den Haushalten verfügen und reproduktive Tätigkeiten dort zumeist von Frauen übernommen werden. Lebensweisen verbinden sich auf

35 In der Regulationstheorie wird in Abgrenzung zur Produktionsweise der Begriff »Konsumnormen« geprägt (Lipietz 1985; Aglietta 1979). Mit dieser vor dem Hintergrund des Fordismus vorgenommenen Differenzierung sind in Gewerkschaften präsente Vorstellungen von Wohlstand und Lebensqualität verstehbar. Diese Perspektiven gehen von einer idealtypischen Trennung von Lohnarbeit und Freizeit aus, in der sich Lebensweise und Konsum durch kulturelle Eigenheiten auszeichnen. Doch unterliegen auch Produktionsweisen eigenen Normen und Werten und sind demnach kulturell eingeeht.

diese Weise mit Geschlechterverhältnissen, beispielsweise in der klassischen, geschlechtsspezifisch arbeitsteiligen Kernfamilie im Einfamilienhaus, mit eigenem Auto und zahlreichen industriell gefertigten Produkten. Männlicher Familienernährer, weibliche Reproduktivkraft und Wohlstand in Form wachsender Konsummöglichkeiten gehen Hand in Hand und konstituieren eine Lebensweise, die sowohl ressourcenintensiv als auch geschlechterhierarchisch ist (Dück/Flemming 2013: 20).

Mit dem Massenkonsum waren also Effekte verknüpft, die ökonomische und kulturelle Wachstumslogiken verstärkten, aber auch zu negativen Umwelteffekten beitrugen. Die neue Regulationsweise ging auf kulturell-symbolischer Ebene mit spezifischen Konsumnormen und Wertmustern einher, die strukturell auf eine Steigerung der Naturbeherrschung angelegt sind. Auf materiell-stofflicher Ebene betraf dies die immense Steigerung des Naturverbrauchs, v.a. fossile Ressourcen und Schadstoffbelastungen, sowie die Entwicklung neuer Risikotechnologien (Görg 2003b: 134). Die Befriedigung der mit der Etablierung des Wohlstandsregimes einhergehenden neuen Bedürfnisstrukturen fand jedoch, vermittelt über globale Wertschöpfungsketten, vorrangig auf Kosten der Gesundheit und Lebensqualität von Arbeitskräften sowie ökologischer Zerstörung statt, insbesondere in spät industrialisierten oder durch Klimawandel vulnerablen Ländern (Urry 2010; Graf et al. 2020). Die fordistische Wachstumskonstellation ist zwar demokratisch legitimiert. Doch die einseitig auf Wohlstandssteigerung gerichteten Interessen müssen auf Kosten der Natur, gegenüber Teilen der eigenen Bevölkerung und anderen Nationen durchgesetzt und abgesichert werden (Görg 2003b: 166). Der im Fordismus herrschende Klassenkompromiss und die Verheißungen des Wohlfahrtsstaates wurden somit auf Basis einer schrankenlosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen erreicht (Demirović 1997: 183). Die Ausweitung von Massenproduktion und -konsum sowie die damit einhergehende Stabilisierung von Klassenkonflikten im Fordismus durch die Beteiligung der Lohnarbeitenden am wachsenden Bruttosozialprodukt sind wesentliche Ursache für die sozial-ökologische Krise (Altvater 1992: 120; Görg 2003b: 120). Letztlich kann die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse demnach nicht nur mit einem abstrakten Verwertungsdruck begründet werden, der sowohl die Zirkulation des Wertes ökonomischer Güter als auch die für die kapitalistische Produktionsweise spezifischen sozialen Hierarchien von Kapital und Arbeit reproduziert. Sie steht im Zusammenhang mit einer historisch spezifischen Wachstumskonstellation des Fordismus, in die gesellschaftliche Naturverhältnisse sowie Werte und Normen der Kon-

sumtion eingelassen sind (Görg 2003b: 131). Diese verbinden sich mit der Politisierung der ökologischen Krise und der damit einhergehenden Rejustierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Postfordismus.

5.3 Postfordistische Naturverhältnisse: Ökologische Modernisierung zerstörerischer Verhältnisse?

Wohlfahrtsstaaten können auch gesellschaftliche Naturbezüge mehr oder weniger stillschweigend voraussetzen und Natur als eine der Gesellschaft vorgängige Größe sowohl symbolisch als auch materiell exterritorialisieren, also gleichsam als »Außen« und »Gegenüber« der Gesellschaft betrachten (Pofertl 2017: 78). Die in langen ökonomischen Wellen und tiefgreifenden technologischen Umbrüchen sich vollziehende Industrialisierung ist dabei das sichtbarste und ökologisch folgenreichste Merkmal moderner Gesellschaften. Daher lassen sich moderne Naturverhältnisse als primär technisch-industriell vermittelte Naturverhältnisse fassen (Brand 2017a: 51). Gerade in der modernen Industrie wird Natur mit wissenschaftlichen Kenntnissen und technischen Mitteln umgestaltet (Barth/Reitz 2016: 45; vgl. Giddens 1996), und zwar auch außerhalb der kapitalistischen Produktionsweise (Zelik/Altwater 2015: 98 ff.). Rudolf Bahro (1990: 310) betrachtet die entstandenen Rohstoff- und Umweltprobleme als »das Nebenprodukt von nur zwei Jahrhunderten industrieller Tätigkeit eines Bruchteils der Menschheit«. Die Folgewirkungen der industriellen Produktionsweise auch in den sozialistischen Ländern berücksichtigend, sieht er Umweltzerstörung als Konsequenz gesellschaftlicher Gestaltung, die über kapitalistische Strukturbedingungen als Ursache hinausgeht. Entgegen dem Glauben an die historische Befreiungskraft technischer Produktivkraftentwicklung³⁶ konstatiert er, dass nunmehr die Verschwendung von Ressourcen »die Befreiung von den alten historischen Zwängen« aufhält (Bahro 1990: 310).

Das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft ist somit kein einheitlich industriell-kapitalistisches, sondern von räumlich und zeitlich bestimmten Formen sowie der historisch-spezifischen Regulation ebendieses Verhältnisses geprägt (vgl. Barca/Bridge 2015: 366). Die Wandlungsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise in Reaktion auf die sozial-ökologische Krise wird im Rahmen regulationstheoretischer Erweiterungen mit der Unterscheidung

36 Die Produktivkräfte werden häufig auf Technik reduziert, obwohl Marx zufolge die erste Produktivkraft die kooperative und arbeitsteilige Aneignung der Natur ist, zu der auch Bildung und Wissenschaft gehören (Demirović 2011: 533).

zwischen fordistischen und postfordistischen Naturverhältnissen gefasst (vgl. Flemming et al. 2015: 146; Görg 2004; Lipietz 1998). Die politischen und kulturellen Denkmuster des Fordismus wurden durch die Erwartung legitimiert, dass Natur zukünftig vollständig beherrschbar sein wird und soziale Probleme im Laufe gesellschaftlicher Modernisierung abnehmen werden. Eine Folge dieser Annahmen war der Steuerungsoptimismus, der die Nachkriegsgesellschaften und ihr Verständnis des Naturproblems entscheidend prägte. Dieser ging zudem mit einem spezifischen Fortschritts- und Wachstumsparadigma einher, dessen Fragilität mit der sozioökonomischen Krise des Fordismus seit den 1970er-Jahren deutlich wurde (Görg 2004: 218 f.). Den Preis der problematischen Folgen der fordistischen Produktions- und Lebensweise veranschlagten immer zahlreichere Individuen und gesellschaftliche Gruppen als zu hoch (Barfuss 2002: 155). Insofern nahm zwar mit der Erwartung einer immer weitgehenderen Beherrschbarkeit der Natur die Relevanz der »Naturfrage« im Laufe gesellschaftlicher Modernisierung ab, wurde aber im Kontext der »ökologischen Krise«, angefangen mit der Ökologiebewegung, herausgefordert und transformiert (Görg 2003b: 143). Zunehmend drang ins Alltagsbewusstsein, dass sowohl die Produktionsweise als auch die Lebensweise an natürliche Bedingungen gebunden sind. Nichtrationale Elemente von Naturverhältnissen werden in der Öffentlichkeit wieder diskursfähig (Eder 1992). Im Verlauf der Krise des Fordismus und der langsamen Herausbildung einer neuen Phase kapitalistischer Vergesellschaftung ist ein signifikanter Wandel in der Thematisierung der Ökologieproblematik zu beobachten, der in die Politisierung der ökologischen Krise mündet. Einen Umbruch in der ökologischen Kommunikation in der Bundesrepublik markierte dabei der Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 (Görg 2004: 220). Allen voran der Umwelt- und Ökologiebewegung gelang es, die »Sorge um Umwelt und die Lebenschancen nachkommender Generationen breitenwirksam zu artikulieren und damit nicht zuletzt auch weit über den traditionellen Schutz der Natur hinauszugehen. Dem Engagement für eine umweltgerechte, ökologisch sensible Produktions- und Lebensweise wurde und wird in unkonventionellen Protest- und Aktionsformen Gestalt verliehen.« (Pofertl 2017: 77) Die daraus hervorgehende ökologische Programmatik ist durch systembezogene Kritiken am Industrialismus und am Wachstumsparadigma, an naturzerstörerischen Produktionsweisen und einem übersteigerten technologischen Fortschrittsglauben bestimmt (ebd.: 81). Auch die ökonomische Nutzung von Natur und die damit verbundenen Interessenlagen wurden von bestimmten gesellschaftlichen Akteuren infrage gestellt. Insofern wurden die institutionel-

len und organisatorischen Muster, mit denen Gesellschaften ihren Stoffwechsel mit der Natur regulieren, grundsätzlich problematisiert (Görg 2003b: 17).

Die erwachte Sorge um die Umwelt transportierte eine Botschaft umfassender individueller Verantwortung, die zur Änderung von Denkweisen und Lebensführung aufruft. Seit den 1980er-Jahren entfalteten sich in der Bundesrepublik Diskussionen darüber, auf welche Weise ein Umweltbewusstsein etabliert werden kann, welche Lebensstile diesem angemessen wären und welche institutionellen, mentalen, praktischen oder kulturellen Barrieren diesen im Wege stehen. »Das Postulat ökologischer Verantwortlichkeit nimmt dabei die Gestalt eines eingeforderten Kollektivbewusstseins an, das jeder Einzelne mehr oder weniger intrinsisch zu entwickeln und mitzutragen habe« (Pofertl 2017: 81). Insofern ist die Prognose Webers, dass die »rationale Lebensführung auf der Grundlage der Berufsidee« die Lebensverhältnisse bestimmen werde, »bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffes verglüht ist«, fraglich (Weber 2016; vgl. Offe 1984a: 29). Mit den gesellschaftlichen Veränderungen wurden auch Zweifel an der in der Arbeiter_innen- und Gewerkschaftsbewegung bestehenden Überzeugung laut, dass die »wichtigsten Lebensinteressen der Bevölkerung in dem Maße befriedigt werden können, wie die Arbeits- und Erwerbsinteressen der Arbeitnehmer jeweils erfüllt sind« (Heinze et al. 1984: 135). Eine wachsende Zahl von Menschen sah ihre zentralen Lebensinteressen in Bereichen, die von gewerkschaftlichen Erfolgen im Kampf um die Verbesserung der Erwerbslage von Arbeitnehmer_innen nicht automatisch gefördert, ja manchmal sogar geschädigt werden. Dies stellte den gewerkschaftlichen Anspruch einer »universalen« Interessenvertretung infrage (ebd.). In der Folge wurde dem korporatistischen Gewerkschaftssystem die fehlende Aufnahme ökologischer Themen in gewerkschaftliche Politik zugeschrieben (Räthzel/Uzzell 2011: 1223). Kritisch betrachtet werden die quantitativ ausgerichtete Lohn- bzw. Tarifpolitik der bundesrepublikanischen Gewerkschaften und ihre Versuche einer lediglich distributiven Veränderung der sozialen Lage. Die technische Fortschrittsgläubigkeit in der gewerkschaftlichen Praxis stellte umweltschädigenden Konsummustern keine politischen Maßnahmen entgegen. Somit kann ihnen der Vorwurf nicht erspart werden, »zu der momentanen ökologischen Krisensituation« beigetragen zu haben, so die Kritik (Mehte 1983: 598).

Auf die Problemlagen des Fordismus und die damit einhergehende Krisenerfahrung baute letztlich eine neue Form der Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse auf. Relevant war dafür auch die in der gesellschaftlichen Debatte hervortretende Entgegensetzung von Ökonomie und Ökologie. Über

diese wurde eine systematische Einbindung der Ökologieproblematik in die neue Regulationsweise vorbereitet. Es bilden sich in der Folge postfordistische Naturverhältnisse heraus, in denen ökologische Rückwirkungen integraler Part gesellschaftlicher Restrukturierung sind, aber etablierten Reaktionsmustern untergeordnet bleiben (Görg 2003b: 127; vgl. Barth 2018: 246). Auf die Risiken neuer Technologien und den Wertewandel gegenüber Technik und Wachstum ist zurückzuführen, dass sich nunmehr auch gewerkschaftliche Politik stärker an der Abwehr von Risiken als an den Chancen der Technik orientierte (Helfert 1986: 123 f.). Doch die unter Gewerkschafter_innen verbreitete Abneigung gegenüber den Grünen ließ erst Ende der 1980er-Jahre nach: »Nachdem sie als Utopisten, Arbeitsplatzvernichter und Räuber im sozialdemokratischen Stimmenreservoir gebrandmarkt waren, verschaffte ihnen die Präsenz im Bundestag und vielen Landtagen zunehmend Respekt.« (Wiesenthal/Clasen 2003: 306) So gewannen auch in den Gewerkschaften Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen stärkere Bedeutung. Dabei etablierte sich ein Spannungsfeld zwischen der Fokussierung auf die Kerninteressen von Arbeitsplatzertand und Lohnsteigerung sowie der Öffnung für neue Beschäftigtengruppen und soziale Bewegungen (Arlt et al. 2007: 14).

In der Umkämpftheit gesellschaftlicher Naturverhältnisse reproduzieren sich demnach die gesellschaftlichen Organisationsprinzipien der kapitalistischen Produktionsweise. Im Kontext der ökologischen Krise wird zwar die Erwartung der Naturbeherrschung herausgefordert und transformiert. Sie wird aber nicht überwunden, sondern kehrt in neuer Form zurück. Die Erfahrung des Scheiterns an der Naturbeherrschung geht letztlich in eine erneuerte, »reflektierte« Form der Unterordnung von Natur unter beliebige menschliche Zwecksetzungen über (Görg 2003b: 143 f.). Dies führt dazu, dass sowohl gesellschaftliche als auch wissenschaftliche Akteure zu einer selektiven Integration der Ökologieproblematik in ihre Ansätze tendieren und etablierte Grundmuster in der Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse fortbestehen (ebd.: 12). Im Rahmen postfordistischer Naturverhältnisse werden ökologische Themen wie der Klimawandel, Ressourcenausbeutung oder Bodendegradierung zunehmend in die kapitalistische Restrukturierung – und damit in den Akkumulationsprozess – integriert. Dies geschieht beispielsweise durch die Inwertsetzung von Verschmutzungsrechten mit Instrumenten wie dem Emissionshandel. Dabei bleiben alte, fordistische Formen der Naturausbeutung neben neuen, postfordistischen Mustern der Bearbeitung ökologischer Fragen bestehen (Görg 2004: 220 ff.). Das damit verbundene Credo einer ökologischen Modernisierung

ist Teil eines Hegemonieprojekts, in dem die herrschende Produktions- und Lebensweise weitgehend stabilisiert wird (Candeias 2009; vgl. WBGU 2011).

Auf diese Weise haben sich kapitalistisch produzierende Industriegesellschaften in gewissem Sinne auf ökologische Themen eingestellt. In vielen Ländern des Nordens wird die Umweltthematik mit dem ambitionierten Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung meist auf eine ökologische Modernisierung ihrer Gesellschaft reduziert. In Theorien der ökologischen Modernisierung wird zumeist implizit oder explizit davon ausgegangen, dass moderne Gesellschaften infolge evolutionärer Weiterentwicklung in den einmal eingeschlagenen Bahnen in der Lage sind, mit ihren ökologischen Problemen zurechtzukommen (Jahn/Wehling 1998: 89). In der Praxis führte dies seit Mitte der 1980er-Jahre zu einem relativ rationalen und pragmatischen Management ökologischer Probleme, in dem Umweltpolitik immer stärker Wettbewerbsaspekten untergeordnet wird. Auch von wissenschaftlichen Akteuren wurden Problemlösungen präferiert, die zu wirtschaftlichem Wachstum beitragen (Jänicke 1996). Die Ökologieproblematik wurde auf diese Weise höchst selektiv in die postfordistische Regulationsweise integriert. Sie stellte zwar ein immanentes Moment gesellschaftlicher Restrukturierung dar, insofern ihre Relevanz grundsätzlich anerkannt wurde und auch in politischen Organisationen vielfältige Reaktionsweisen hervorrief. Die Bearbeitung von Umweltproblemen muss jedoch ökonomischen Zwängen und machtvollen Interessen genügen. Konflikte um Natur unterliegen einem Problemlösungsdiskurs, der die gegebenen Strukturen instrumenteller und kapitalistischer Naturnutzung unhinterfragt voraussetzt (Görg 2003b: 138; 234). So verloren auch die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die ökologische Frage Ende der 1990er- in der BRD zunächst an Relevanz. Die Wiedervereinigung und die dadurch entstehenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen beherrschten die öffentliche Debatte. Die neoliberale Umstrukturierung des Wohlfahrtsstaates führte zu einem Verlust vieler sozialer Standards, für die über einen langen Zeitraum gekämpft wurde (Mau 2004: 168). In Zeiten sinkender Prosperität besaß das Thema Ökologie nachgeordnete Priorität (Thieme 2004: 89 f.). Auch von bewegungspolitischen Akteuren wurden ökologische Fragen als politisch nachrangig gegenüber drängenderen ökonomischen und sozialen Problemen angesehen (Görg 2003c: 72). Im Postfordismus kam es zudem bereits zuvor zu einer Flexibilisierung von Lebensweisen, in der individuelle Unabhängigkeit auch mit erweitertem Konsum bspw. in der Form eines Zweit- und Drittautos oder einer Zweitwohnung verbunden war (Dück/Flemming 2013: 20).

Dennoch ist inzwischen »die ökologische Frage als Ausbuchstabierung spezifischer Problemerkundungen und alternativer Entwicklungspfade in die gesellschaftliche Selbstbeschreibung eingeflossen«. Das Potenzial einer tatsächlich durch- und umsetzbaren »Ökologisierung« moderner Natur- und Gesellschaftsverhältnisse bleibt unbestimmt. Debatten um »ökologische Modernisierung«, »Postwachstum«, »postkarbone Gesellschaften« oder »Suffizienz« machen jedoch deutlich, in welchen unterschiedlichen thematischen und programmatischen Bahnen sich die Diskussion um eine Transformation der klassischen Industriemoderne bewegt. Die inhaltliche Spannbreite bewegt sich zwischen technologischen Innovationen, der Umstellung auf andere Energieträger, alternativen Ökonomiemodellen, Entschleunigung, Verzicht und ressourcenschonenden Lebensweisen (Poferl 2017: 78).

Eine 2016 durchgeführte Untersuchung zum Umweltbewusstsein in Deutschland stellte heraus, dass »die Idee der Nachhaltigkeit in der Mitte der Bevölkerung angekommen« sei. Die Menschen würden von sich selbst sagen, »dass sie bereit sind, auf umweltschonende Alternativen umzusteigen – zum Beispiel im Bereich der Automobilität« (vgl. BMUB/UBA 2017). Dies kann mit einer erneuten »Repolitisierung der ökologischen Krise« (Wissen 2014: 49) erklärt werden, in der sowohl globale ökologische Probleme wie der Klimawandel als auch Arbeitsbedingungen im globalen Süden von sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen in die Öffentlichkeit getragen werden. Aus globaler Perspektive betrachtet, profitieren auch Lohnabhängige und damit auch Mitglieder von Gewerkschaften im globalen Norden in ihrer Lebensweise von der kapitalistischen Produktionsweise und den damit einhergehenden sozialen und ökologischen Verwerfungen. Dies führt zu verschiedenen manifesten und latenten Konfliktfeldern, die entlang ökonomischer und politisch-identitärer Linien verlaufen. Mit diesen sind auch Gewerkschafter_innen als Repräsentant_innen von Beschäftigten konfrontiert, wenn es um die Gestaltung sozial-ökologischer Politik geht.

Die einen setzen sich für die Umwelt ein, die anderen vor allem für ihre Mitglieder – zwischen umweltpolitischen Akteuren und Gewerkschaften kriselt es. Gewerkschaften werden beschuldigt, die Bewältigung ökologischer Probleme nicht systematisch in ihre Politik zu integrieren und für Arbeitsplätze in umweltschädigenden Branchen zu kämpfen. Ökologisch motivierten Akteuren wiederum wird unterstellt, dass sie in ihren politischen Forderungen nur wenig Rücksicht auf die Interessen von Beschäftigten nähmen. Zugleich öffnen sich die Akteure zunehmend den Fragen des jeweils anderen, die sie nicht ausschließlich als ihr Kerninteresse betrachten. Am Beispiel der IG Metall nimmt Jana Flemming Gewerkschaften an der Schnittstelle von sozialen und ökologischen Themen genauer in den Blick und leistet so einen Beitrag zur Vermittlung der unterschiedlichen Interessen von umwelt- und gewerkschaftspolitischen Akteuren.

Als Sozialwissenschaftlerin ist **Jana Flemming** seit über zehn Jahren an der Schnittstelle von Ökologie und Sozialem tätig. Unter anderem war sie Referentin für die Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität«. Aktuell forscht sie zur Digitalisierung der Arbeitswelt am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).